

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 28.Januar 2025

Martin Habersaat

Schulen müssen Schutzräume sein

TOP 47: Bericht zum Gewaltmonitoring (GEMON) im Schuljahr 2024/25 (Drs. 20/3816)

Schulen sollen Schutzräume sein. Lernräume. Orte, an denen Kinder und Jugendliche sich sicher fühlen, gesehen werden und sich entfalten können. Doch das Gewaltmonitoring an Schulen zeigt uns: Dieser Anspruch ist längst nicht überall Realität.

780 Gewaltvorfälle im Schuljahr 2024/25. Und lassen Sie mich das klar sagen: 780 Gewaltvorfälle sind 780 Gewaltvorfälle zu viel. 132 an Grundschulen. Das macht mir als Grundschulvater besonders zu schaffen. Und wer jetzt versucht, diese Zahl kleinzureden, der verkennt die Lage. Denn erfasst werden hier ausschließlich Fälle, bei denen Maßnahmen nach dem Schulgesetz ergriffen wurden:

Ausschlüsse von Schul- oder Unterrichtsveranstaltungen, Überweisungen in Parallelklassen oder an andere Schulen, oder sogar Hausverbote.

Das bedeutet: Wir reden hier nur über die Spitze des Eisbergs. Über das, was so gravierend ist, dass es nicht mehr ignoriert werden konnte. Wir müssen also von einer signifikanten Dunkelziffer ausgehen.

Und trotzdem – oder gerade deshalb – ist das Ergebnis alarmierend: Der zweithöchste Wert seit Beginn der Erhebung. Der Bedarf an Schulen, sich mit ihrer Schulkultur auseinanderzusetzen, Konflikte ernst zu nehmen und die Lebensrealitäten der Schülerinnen und Schüler aufzugreifen, ist unverändert hoch.

Gewalt entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie ist oft Ausdruck von Überforderung, von fehlender Unterstützung, von mangelnder Prävention. Genau deshalb weisen Fachleute seit Jahren auf eine zentrale Stellschraube hin: Schulsozialarbeit. Der Landesarbeitskreis Schulsozialarbeit in Schleswig-Holstein fordert zu Recht verbindliche Quoten für den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern.

Doch was erleben wir stattdessen? Es gibt bis heute keinen Qualitätsrahmen, der diesen Namen verdient. Keinen landesweit verbindlichen Standard für Aufgaben, Ausstattung oder Wirksamkeit. Dabei verhandeln Landesregierung und Kommunen darüber seit Jahren. Jahreslanges Verhandeln ohne Ergebnis – das ist bei der Schlei-Fähre in Teilen unfreiwillig komisch, bei der A20 ärgerlich und wirtschaftsschädigend, aber wenn es um unsere Kinder geht: unverantwortlich.

Eltern, die ihr Kind morgens zur Schule schicken, tun das im Vertrauen darauf, dass es dort sicher ist. Dass es ernst genommen wird. Dass es Unterstützung bekommt, wenn es sie braucht. Dieses Vertrauen ist kein Bonus. Es ist eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, die wir nicht einfach bei den weniger werdenden Lehrkräften abladen dürfen.

Und wir wissen: Das Wohlbefinden unserer Schülerinnen und Schüler ist nicht nur eine Frage von Sicherheit und Fürsorge. Es ist auch eine Grundvoraussetzung für Bildungserfolg. Wer sich unsicher fühlt, lernt schlechter. Wer Angst hat, kann sich nicht konzentrieren. Und wer sich nicht gesehen fühlt, verliert den Anschluss.

Wenn wir also über Schleswig-Holsteins desaströse Ergebnisse in Bildungsstudien sprechen, dann müssen wir auch über Gewaltprävention, über Schulsozialarbeit und über eine funktionierende Schulkultur sprechen. Die Landesregierung darf jetzt nicht einfach darauf hoffen, dass der nächste Bericht bessere Zahlen bringt.

Hoffnung ist keine Strategie.

Was es braucht, sind klare Schritte: verbindliche Standards für Schulsozialarbeit, ausreichende personelle Ausstattung, und eine Landesregierung, die nicht nur Zahlen verwaltet, sondern Verantwortung übernimmt. Die SPD erwartet genau das. Denn jedes Kind hat ein Recht auf eine Schule, in der Lernen ohne Angst möglich ist.